

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851

5.1.1851 (No. 4)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 5. Januar.

Nr. 4.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

Die Dresdener Konferenzen.

In Anerkennung des gespannten Interesses, mit welchem in ganz Deutschland die Blicke auf die Dresdener Konferenzen gerichtet sind, um überzeugende Gewissheit von dem Geiste zu gewinnen, in welchem diese hier jetzt tagende Versammlung deutscher Staatsmänner zur Aufnahme der ihrer harrenden hochwichtigen Arbeiten zusammengetreten, ist das „Dresdener Journal“ ausnahmsweise ermächtigt worden, das Protokoll der ersten Sitzung der Konferenz vollständig mitzutheilen. Die Mittheilung lautet, wie folgt:

Protokoll der Ministerialkonferenz, gehalten zu Dresden im Brühl'schen Palais am 23. Dezember 1850.

Der Einladung entsprechend, welche von Oesterreich und Preußen am 12. d. M. an sämtliche Genossen des Deutschen Bundes ergangen war, sich durch Entsendung von Bevollmächtigten an einer zu Dresden zu eröffnenden Ministerialkonferenz zu betheiligen, — haben sich am heutigen Tage im Brühl'schen Palais dahier versammelt (folgen die Namen der Bevollmächtigten).

Der Hr. Fürst v. Schwarzenberg eröffnete die Sitzung durch Vorlesung eines Vortrags, welcher die Ansichten des kaiserlichen Hofes über den Zweck der zu pflegenden Verhandlungen, deren Grundlage und Ausgangspunkt entwickelte. Dieser Vortrag ist dem gegenwärtigen Protokolle als Beilage angefügt. *)

Die Schlussworte der Rede des Hrn. Fürsten v. Schwarzenberg gaben dem königl. sächsischen Bevollmächtigten, Hrn. Staatsminister Frhrn. v. Veust, Veranlassung, nicht allein im Namen Sr. Maj. des Königs von Sachsen und Hochdeutschen Regierung für die bezeugte wohlwollende Gesinnung den tiefempfundenen Dank auszudrücken, sondern es auch auszusprechen, wie hoch Sachsen und dessen Hauptstadt die Ehre zu schätzen wissen, die ihnen durch den Zusammentritt dieser hohen Versammlung zu Theil wird. Die sächsische Regierung fühle sich daher doppelt verpflichtet, das von den hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen in so dankenswerther Weise angebahnte Bundes- und Friedenswerk fördern zu helfen, und sie betreue mit vollem Vertrauen den in der vernommenen Rede vorgezeichneten Weg. Sie erblicke aber auch zugleich in der Wahl Dresdens zum Sitz der Konferenzen eine glückliche Vorbedeutung; denn es erscheine ihr wie ein versöhnender Wink der Vorsehung, daß die Stadt, welche noch heute die Spuren jener unheilvollen Tage zeige, wo die Begeisterung für Deutschlands Einheit nur die Elemente der Zerstörung zu entfehlen wußte, zum Sammelplatz für die Männer ausersehen worden sey, die da berufen sind, jene vernichtenden Elemente zu bannen und dem deutschen Vaterlande Frieden und Eintracht zurückzugeben.

Hierauf sprach der königl. preussische Ministerpräsident, Hr. Frhr. v. Manteuffel. *)

Endlich drückte noch der königl. bayrische Ministerpräsident Hr. v. d. Pfordten den lebhaftesten Wunsch aus, mit welchem die königl. Regierung in der gemeinschaftlichen Einladung der hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen einen erneuten Beweis ihrer bundesfreundlichen Gesinnungen und ihrer auf das Wohl des Gesamtvaterlandes gerichteten Absichten erkannt habe, und daher auch dieser Einladung mit Freuden gefolgt sey. Diese freudige Empfindung werde noch durch die Art erhöht, in welcher die Vertreter der genannten beiden hohen Regierungen sich über den Zweck der Konferenzen ausgesprochen haben. Die kön. bayrische Regierung glaube ihrerseits, daß man diese Verhandlungen mit dem Entschlusse beginnen müsse, der Vergangenheit nur in so fern eingedenk zu seyn, um aus ihr Lehren für die Zukunft zu ziehen, während man sie in jeder andern Beziehung der Vergessenheit anheim zu geben habe, um in einträchtigen Zusammenwirken ein Werk zu gründen, das die wahren Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, und so eine Zukunft der Wohlfahrt, des Friedens, und der Macht für Deutschland zu begründen geeignet ist. Dazu würden zwar vor Allem demjenigen Principe, welches allein unter uns der Träger der Ordnung zu seyn vermag, dem monarchischen Principe, die Säulen seiner Kraft gefestigt, zugleich aber auch diejenigen Garantien bürgerlicher Freiheit gegeben werden müssen, welche der Bildung unserer Zeit entsprechen. In diesem Sinne möge die hohe Versammlung voll einträchtigen Geistes und freudiger Hoffnung an ihr Werk gehen!

Hierauf nahm der Herr Fürst von Schwarzenberg das Wort und äußerte: „Es wird Ihnen Allen, meine Herren, zur Befriedigung gereicht haben, aus den eben vernommenen Vorträgen die Ueberzeugung zu schöpfen, welche Uebereinstimmung in unsern Gesinnungen herrscht. Die Artikel III. und IV. der Wiener Schlussakte erklären die Bundesakte als den Grundvertrag und als das erste Grundgesetz des durch dieselben gestifteten Vereins, und behalten der Gesamtheit der Bundesglieder die Befugniß der Entwicklung und Ausübung der Bundesakte vor, in so fern die Erfüllung der darin aufgestellten Zwecke solche notwendig macht. Nach-

dem es sich also nur um die Ausbildung, Ergänzung, und Verbesserung, mit Einem Worte um eine zeitgemäße Revision des ersten Grundgesetzes und der bereits aus ihm entwickelten Geseze des Bundes handeln kann, werden dieselben, wie ich bereits zu erwähnen die Ehre hatte, unsern Verhandlungen zur Grundlage und zum Ausgangspunkte zu dienen haben. Was die Formen und den Geschäftsgang betrifft, welche bei diesen Verhandlungen zu beobachten seyn dürften, empfehlen sich die bei den Ministerialkonferenzen des Jahres 1820 beliebten, wo die Bevollmächtigten sämtlicher deutschen Regierungen in derselben Absicht, welche uns hieher geführt hat, und zu denselben Zwecken, welche wir verfolgen, zusammengetreten waren.

„Ich erlaube mir demnach, die Bildung von Sektionen vorzuschlagen, welchen die einzelnen, in innerm Zusammenhange stehenden Theile der Bundesverfassung zu dem Ende zuzuwenden wären, um der Plenarversammlung über die etwa angemessenen scheinenden Veränderungen oder Ergänzungen Vorschläge zu machen. Was den bei der Bildung dieser Ausschüsse zu beobachtenden Vorgang betrifft, dürfte eine freundschaftliche Verständigung der förmlichen Abstimmung und einem Strikium vorzuziehen seyn. Es wäre daher vielleicht am angemessensten, wenn man den Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen das Vertrauen schenken wollte, einen gemeinsamen Entwurf für die Zusammenfassung dieser Ausschüsse zu verfassen, welcher der hohen Versammlung bei deren nächster, unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen stattfindenden Zusammenkunft vorzulegen seyn würde. Außer den zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Revision der Bundesverfassung zu bestellenden Sektionen wäre dann zugleich auch eine Kommission zu ernennen, welche die Führung des Protokolls zu übernehmen hätte. Damit die Mitglieder derselben durch diese Aufgabe nicht zu sehr in Anspruch genommen und von einer thätigen Theilnahme an den Arbeiten der zu bildenden Sektionen abgehalten werden mögen, glaube ich den Antrag stellen zu sollen, daß dieser Kommission ein mit dem Geschäft der Protokollführung verträglich höherer Beamter zugetheilt werde, welchem das Recht, den Sitzungen beizuwohnen, eingeräumt und die Verpflichtung auferlegt würde, sich der eigentlichen Redaktion des Protokolls zu unterziehen. Indem ich hierzu den kaiserlichen Hof- und Ministerialrath im Departement des Aeußern und Referenten in Bundesangelegenheiten, Frhrn. v. Thiers, in Vorschlag bringe, hoffe ich allseitiger Zustimmung zu begegnen. Was die Verifikation der bereits eingebrachten und noch einzubringenden Vollmachten betrifft, dürfte es am zweckmäßigsten seyn, den kön. sächsischen Hrn. Bevollmächtigten zu erlauben, sich unter Zuziehung einiger Mitglieder dieser hohen Versammlung diesem Geschäft unterziehen und nach dessen Beendigung über das Ergebnis desselben Bericht erstatten zu wollen.

„Es erübrigt mir nur noch, Sie, meine Herren, darauf aufmerksam zu machen, daß nicht nur die Würde dieser hohen Versammlung, sondern auch die Förderung der ihr gestellten wichtigen Aufgabe beeinträchtigt werden würde, wenn die unter uns stattfindenden Verhandlungen der Öffentlichkeit preisgegeben, und hiedurch zum Gegenstande der Zeitungs-polemik geworden, vor der Zeit, und wie Dies unter solchen Umständen der Fall zu seyn pflegt, auf entstellte Weise, der Beurtheilung der Menge unterzogen werden sollten. Diesem Nachtheile vermögen wir nur dadurch vorzubeugen, daß wir uns gegenseitig verpflichten, über Alles, was hier besprochen und verhandelt werden wird, persönlich das strengste Schweigen zu beobachten und bei unsern hohen Regierungen dieselbe Geheimhaltung zu bedürftigen.“ Sämtliche Anwesende waren mit diesen Anträgen einverstanden; worauf sich die Versammlung bis nach dem Weihnachtsfeste vertagte. (Folgen die Unterschriften.)

Dresden, 30. Dez. (W. St. A.) Seit den Tagen des Wiener Kongresses sah wohl keine Stadt Deutschlands eine so große und in so außerordentlicher Mission zusammengetretene Versammlung von Staatsmännern, wie man solche in gegenwärtigem Augenblicke im Brühl'schen Palais in Dresden vereinigt erblickt. Wohl fanden seit den Märztagen des Jahres 1848 politische Versammlungen aller Art statt, worunter die Nationalversammlung in Frankfurt und Berlin obenanstehen, in denen über das Wohl und Behe des deutschen Vaterlandes ein langes und Breites verhandelt und gesprochen wurde. Allein wie Dies immer das Schicksal solch' übergroßer Versammlungen ist, in denen die Stimme der Verständigen in der Konfusion der Ansichten und dem Geschrei anmaßender Wort- und Parteiführer untergeht: über eiteln Reden und Gezänke der Parteien kam Nichts zu Stande und die Versammlungen zerfielen in sich selbst. Wie konnte man sich aber auch, offen gestanden, dem leichten Glauben hingeben, es könne die im Zustande allgemeinen politischen Beitritzes zusammengewürfelte, aus den heterogensten und widersprechendsten Theilen bestehende Nationalversammlung, eine Gesellschaft von Advokaten, Tabackshändlern, Professoren, und dergleichen Leuten, welche je nach ihren Ideen von Recht und Staat es zwar recht wohl mit dem Volke meinen mochten, von einer praktischen Staatskunst aber nicht die geringste Kenntniß hatten, wie mochte man glauben, einer solchen Versammlung werde die große Auf-

gabe, das große Werk der Einigung und Neugestaltung Deutschlands gelingen? Eine Geburt künstlich geschaffener Aufregung und begriffsloser Begeisterung, samt mit dem schwindenden Enthusiasmus auch die Macht der Nationalversammlung, und vom Gefühle ihrer Unfähigkeit und Impotenz ergriffen, überließ dieselbe die Leitung der Geschicke Deutschlands bald wieder willig den Regierungen. Kurz, die Charlatanerien und das Experimentiren in der Politik hat aufgehört, man hat sich wieder nach den alten Weisern in der Staats- und Regierungskunst umgesehen, und wir finden nun die angesehensten Staatsmänner Deutschlands in Dresden versammelt, um dem an Leib und Seele arg geschundenen deutschen Staatskörper neue Lebenskraft einzuhäufen. Nach Art verständiger Männer unterlassen sie es, auf offenem Markte zu verhandeln; denn es hat sich ihnen in den jüngsten Jahren fattsam bestätigt, daß das Verständniß der Politik nicht Jedermanns Sache ist.

Die Deffentlichkeit der Verhandlungen, wie solche in Frankfurt und andern Drien beliebt wurde, mag für eine Komödie, wie sie dort getrieben wurde und für eitle Redner, wie sie dort sich eingefunden hatten, taugen; hier in Dresden finden, dem stillen, geheimnißvollen Schaffen der Natur gleichend, die Beratungen in ernsther Ruhe und Abgeschlossenheit statt. Nur in einem Punkte wird die Konferenz der Politik der Nationalversammlung folgen, indem, was wir den Herren Demokraten vorläufig mit Bestimmtheit versichern können, jene, wie seiner Zeit diese, dem Prinzip der Vereinbarung über eine deutsche Verfassung zwischen den Regierungen und der Volksvertretung entschieden abgeneigt ist. Das Ziel der Konferenzen ist einzig und allein eine Revision der Bundesverfassung. Wer glauben wollte, es streben dieselben einen höhern Zweck an, als die reale Wiedervereinigung der durch die Ereignisse der Jahre 1848 bis 1850 theils gelockerten, theils zerrissenen Bande zwischen den einzelnen deutschen Regierungen, würde sich täuschen; am meisten würden aber diejenigen in ihren Hoffnungen betrogen, welche glauben möchten, es werden in Folge derselben Veränderungen in dem äußern Bestande der einzelnen Staaten eintreten. Wir können die Versicherung geben, daß die derzeitigen Karten von Deutschland auch nach Beendigung der hiesigen Konferenzen in Brauchbarkeit bleiben werden. Das nächste Ziel besteht in der Einigung Oesterreichs und Preußens, und wird der Natur der Sache gemäß von beiden Mächten zunächst außerhalb der Konferenzen der übrigen Staatenbevollmächtigten anzubahnen gesucht, daher auch die Einladung des Fürsten von Schwarzenberg nach Berlin. Erst wenn diese Einigung in allen Hauptpunkten erfolgt ist, werden die eigentlichen Verhandlungen über die Verfassungsrevision beginnen; inzwischen statten sich die Konferenzmitglieder die gegenseitigen Staatsbesuche ab, und die Dresdener Hofzirkel bilden den neutralen Boden, auf welchem die Herren Diplomaten ihre Fühler ausstrecken und sich zu orientiren suchen.

Die Dauer der Konferenzen wird nicht so kurz seyn, als man allgemein zu glauben scheint, vielmehr werden sich dieselben — wenn nicht außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten — mindestens über die Zeit von einigen Monaten erstrecken.

Dresden, 31. Dez. (D. J.) Die Form der Beratungen in den Ministerkonferenzen betreffend, so ist entschieden, daß denselben die Bundesakte in dem Umfange werde zu Grunde gelegt werden, daß Punkt für Punkt vorgenommen und jedem Teilnehmer überlassen wird, seine bezüglichen Motionen zu stellen. Oesterreich in Verbindung mit Preußen wird folgende Verfassungsrevision proponiren: Es soll ein weiterer und ein engerer Bundesrath eingesetzt werden. Jener würde aus den sämtlichen souveränen Regierungen bestehen und mit der Gesetzgebung betraut werden. Dieser hingegen würde sich auf Preußen, Oesterreich, und die ehemaligen mit der Kurwürde besetzten Staaten beschränken und die Regierungsgewalt ausschließlich des Gesetzesvorschlags ausüben, und in diesem engern Rathe würde Preußen den Vorschlag führen, Oesterreich hingegen die Exekutive erhalten. Die bayrische Proposition, welcher sich auch die Mittelstaaten angeschlossen, empfiehlt folgende Punkte: Es solle der Deutsche Bund aus drei Staatengruppen bestehen: Oesterreich, Preußen, und die übrigen verbündeten Staaten Deutschlands. An der Spitze des Bundes steht ein österreichischer, ein preussischer, und ein Prinz der übrigen Fürstenthümer. Diese Trias, die eigentliche Regierungsgewalt, führt den Namen Bundesrath. Ihr zur Seite und als gesetzgebende Gewalt steht ein Bundestag, zerfallend in ein Ständehaus und ein Volkshaus. Jenes zählt 150 Mitglieder: 49 aus den ehemals reichsunmittelbaren Fürstenthümern, welche den Titel Durchlaucht, und aus denen, welche den Titel Erlaucht führen, und die übrigen 90 zur Hälfte aus den Ernennungen der Einzelregierungen und zur Hälfte aus den Wahlen der Ersten Kammern hervorgehend. Das Volkshaus hat 300 Mitglieder, von den Volkskammern der drei Staatengruppen in gleichmäßiger Anzahl gewählt. Die dritte Staatengruppe tritt ähnlich der Union als politische Gesamtheit in den Deutschen Bund und das ihr vorgesezte und an der dreitheiligen Bundesregierung Theil nehmende

*) Der Wortlaut dieses Vortrages ist in Nr. 1 dieses Blattes vom 1. Januar schon mitgetheilt worden. D. Red.

Oberhaupt ist ein Prinz, welchen das Staatenhaus aus drei ihm von den Regierungen vorgeschlagenen wählt.

Dresden, 31. Dez. (D. P. A. Z.) Unter den Bevollmächtigten zu den Ministerkonferenzen soll das Abkommen getroffen seyn, daß der Vorsitz in den Plenarsitzungen auch jedesmal von dem Vorsitzenden geführt werden soll, dessen Abtheilung gerade Angelegenheiten im Plenum zur Sprache bringt. Die Einladung zu der Konferenz am vorigen Freitag, in der die Kommissionen ernannt wurden, war von dem Fürsten Schwarzenberg und Hrn. v. Manteuffel gemeinsam unterschrieben und war an den sächsischen Minister des Auswärtigen gerichtet, der dann die Bevollmächtigten davon in Kenntniß setzte.

Berlin, 29. Dez. (Allg. Z.) Der groß. mecklenburg-schwerinsche Staatsminister v. Bernstorff und der mecklenburg-schwerinsche Staatsminister Graf v. Bülow haben auf ihrer Reise nach Dresden hier mehrere Audienzen gehabt. Schwerin hat sich bekanntermaßen vom Bündniß vom 26. Mai losgesagt, dagegen an das hiesige Kabinett zugleich das Versprechen ertheilt, sich von der preussischen Politik auch fernhin nicht zu trennen. Hienach wird Schwerin für den Dualismus und das freie Unirungsrecht, dagegen schwerlich für den Eintritt Oesterreichs mit seinen sämtlichen Provinzen in den Deutschen Bund, und noch weniger für die österreichische Zollvereinigung sich aussprechen. Auf eine Volksrepräsentation beim Zentralorgan möchte die Regierung aus dem Grunde verzichteten, weil sie fürchtet, eine solche würde auf die Repräsentation in den Einzelstaaten nur beschränkend einwirken. Sehr bald dürfte in Dresden auch eine spezielle, das Verhältnis Deutschlands zu der Schweiz betreffende Frage zur Erörterung kommen, und man betrachtet (das von uns bereits mitgetheilte) Schreiben des österreichischen Gesandten in Frankfurt, Grafen v. Hartig, an den kurfürstlichen Minister des Auswärtigen als maßgebend.

Unter den Motiven, welche die Hieherkunft des Fürsten Schwarzenberg veranlassen, steht obenan die Unionsidee und das Benehmen Frankreichs und Englands den Konferenzen gegenüber. So sehr auch Hr. v. Manteuffel geneigt ist, um den bereits zugestandenen Preis der Parität Preußens mit Oesterreich den Unionsgedanken fallen zu lassen, so wenig scheint der König geneigt, diesen seinen Lieblingsplan aufzugeben. Fürst Schwarzenberg wünscht nun aus dem Munde Sr. Majestät selbst zu erfahren, nach welchen Grundsätzen und in welchem Umfang Preußen die Union unter Umständen wieder aufnehmen würde. Es war Dies um so notwendiger, als keineswegs in Dresden alle, die Umgestaltung des Bundes betreffende Punkte in den Konferenzen zwischen den beiden Ministerpräsidenten ihre Erledigung fanden, vielmehr bloß Verhandlungen über die Grundlinien des von beiden Regierungen einzuhaltenden Verfahrens getroffen wurden. Bei der gestrigen Tafel in Charlottenburg wurde Fürst Schwarzenberg von dem König mit großer Auszeichnung behandelt. Was die etwas scharfe Haltung zwischen Frankreich und England und dann auch Englands den zwischen Oesterreich und Preußen vereinbarten Propositionen gegenüber betrifft, so muß zunächst erwähnt werden, daß unserm Kabinett sehr viel daran liegt, mit der englischen Regierung in gutem Einvernehmen zu bleiben. Aus Frankreich dagegen macht man sich gar nichts, und jeder einseitige Protest von dort her würde, wenn es bloß auf Preußen ankäme, ohne alle Berücksichtigung bleiben. Sehr gern wurde es an unserm Hof gesehen, daß Lord Palmerston den dringenden Aufforderungen des französischen Ministeriums, durch ein englisch-französisches Bündniß ein Gegengewicht gegen die heilige Allianz zu schaffen, standhaft auswich. Noch immer werden die deutschen Angelegenheiten in Paris und London unter sehr verschiedenen Gesichtspunkten aufgefaßt. England ist nicht gegen den Dualismus, sieht vielmehr das preussische Protektorat gar nicht ungern, und erwartet von der Union eine Stütze des konstitutionalismus, wird sich jedoch gegen die Aufnahme des gesammten Kaiserthums in den Deutschen Bund so lange als möglich sträuben, weil es darin nicht allein eine Verrückung des europäischen Gleichgewichts, sondern zugleich eine gefährliche Präponderanz Oesterreichs und eine neue Gefahr für den Freihandel erblickt. Umgekehrt möchte Frankreich vor allem Andern keine Machterweiterung Preußens zugeben, und wird den Dualismus zunächst deshalb, dann aber auch im Interesse der deutschen Mittel- und Kleinstaaten nachdrücklich bekämpfen.

Wien, 29. Dez. (Schw. M.) Ueber den Gang der Verhandlungen in Dresden selbst verlautet noch immer nichts Gewisses; so viel ist jedoch gewiß, daß die Veränderungen, welche in der künftigen Gestaltung Deutschlands vorgenommen werden, sich durchaus nicht auf das Prinzip des Bundes selbst ausdehnen werden; sie werden im Gegentheil nur administrativer Natur seyn, und vorzüglich die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten betreffen, in welchem Punkte Oesterreich und Preußen zusammengehen werden. Wichtige und sehr eifrige Erörterungen ruft der Antrag Preußens hervor, nach welchem der S. XI. der Bundesakte vom freien Unirungsrechte dahin formulirt werden soll, daß es fürderhin Preußen gestattet sey, einen engeren Bund im weitern zu errichten und sich an die Spitze desselben zu stellen. Dem Begehren Preußens, im weitern Bunde mit Oesterreich gleichgestellt zu seyn, scheint man von Seite Oesterreichs eben keine großen Hindernisse entgegenstellen zu wollen, jedoch nur unter der Bedingung, daß Preußen Nichts dagegen einwende, daß Oesterreich mit seinem ganzen Länderumfang in den Bund eintrete, indem sodann Oesterreich schon durch das Uebergewicht seines Gebiets eine ausschließlich bestimmende Geltung errungen haben würde.

Deutschland.

† **Karlruhe, 4. Jan.** Tagesordnung der vierzigsten Sitzung der Ersten Kammer auf Dienstag, den 7. Januar, Morgens 9 Uhr: 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung der Berichte: a) des Hofraths Jöppel über den Ge-

segentwurf, das Vereins- und Versammlungsrecht betr.; b) des Frhrn. v. Göler über den Gesegentwurf, die Entschädigung für die aufgehobenen Besitzveränderungsabgaben betr.; c) des Oberforstmeisters v. Kettner über den Gesegentwurf, den Holzzerlös aus Staats-Domänenwäldungen betr.

Naftatt, 3. Jan. Während von Seiten des Festungsgouvernements gegen jeden Unfug, gegen jede Störung der Ordnung mit aller Strenge verfahren wird, ist dasselbe eben so geneigt, jede mögliche Rücksicht eintreten zu lassen, in so fern sie sich mit der öffentlichen Ordnung verträgt und Gründe vorhanden sind, welche auf eine Besserung der betreffenden Personen mit einiger Wahrscheinlichkeit schließen lassen. So war es bekanntlich schon bei der preussischen Besatzung eine Nothwendigkeit geworden, sämtlichen Soldaten eine Anzahl Wein- und Bierwirthschaften (13) zu verbieten. Diese Maßregel dauerte trotz wiederholter Bitten der betreffenden Wirths bis heute fort, und mochte mancher derselben in dieser langen Zeit einen fühlbaren Schaden erlitten haben. Ein noch größerer stand bevor, indem die Besatzung mit einem Male um etwa 3000 Mann Oesterreicher verstärkt wird. Auf neues Ansuchen der auf der empfindlichsten Seite — am Geldbeutel — gestraften Wirths, und aus billiger Rücksicht auf ihren Gewerbsbetrieb, von dem eine ansehnliche Steuer bezahlt wird, hat das Gouvernement heute das bisherige Verbot aufgehoben, und ist fortan den Soldaten der Besuch der Bier- und Weinhäuser in keiner Weise beschränkt. Inbezug ist gleichzeitig mit der Aufhebung an die betreffenden Wirths, welche diesen Vormittag auf dem Bureau des Gouvernements versammelt waren, von letzterem die erste Mahnung ergangen, daß man erwarte, es werde von ihnen künftig in ihren Wirthsstuben keinerlei Unfug gebildet, noch weniger unterstützt werden. Sollte gegen Erwarten ein wiederholtes Verbot dieser oder jener Wirthschaft nöthig werden, so dürfte ein solches nicht bloß in Bezug auf Soldaten, sondern auch für den Zivilstand ergehen. Wir denken übrigens, die Erfahrung, welche die Wirths bis jetzt gemacht, wird nicht verloren seyn.

Stuttgart, 3. Jan. Es sind jetzt einige Jahre her, daß die Absicht der Regierung, im Lande eine Presbyterialverfassung einzuführen, eine große Aufregung unter der Geistlichkeit hervorbrachte und lebhaft Debatten darüber in der Presse geführt wurden. Unterdessen kamen die Märzstürme herangebraust, man hatte um Wichtigeres und näher Liegendes zu kämpfen, und so gerieth die Sache in Vergessenheit. Man mochte sie sogar ganz eingeschlafen glauben, was aber durchaus nicht der Fall ist. Die nächste Veranlassung, daß der Gegenstand wieder zur Sprache kam, gab die Beerdigung des kürzlich zum Prälaten in Reutlingen ernannten Dekan Kapff. In seiner neuen Eigenschaft hatte nämlich derselbe in die Hände des Königs, als summus episcopus, einen Eid abzulegen und sodann eine kleine Rede zu halten. Diese gab dem König Gelegenheit, sich bei dem ebenfalls anwesenden Referenten in kirchlichen Angelegenheiten um den Stand der Presbyterialfrage zu erkundigen. Dadurch erfuhr man nun, daß dieselbe so weit reif sey, um Sr. Maj. demnächst einen Antrag vorlegen zu können, dahin gehend, vorerst die Kirchenkonvente zu reformiren. Diese bestehen nämlich aus dem Ortsgeistlichen, dem Schultheißen, und einem Theile des Gemeinderaths. Weil nun in diesem letzten Kollegium nicht immer Leute sich befinden, die auch zu Mitgliedern des Kirchenkonvents sich eignen, so soll deren ausschließliche Beiziehung aufgehoben und auch andere Personen aus der Bürgerschaft, und zwar die passendsten, beigezogen werden. Man müsse von unten anfangen zu bauen, meinte der Referent, ehe man zu einer weiter greifenden Organisation schreite. Der König soll sich damit vollkommen einverstanden, so wie auch äußerst befriedigt mit der so eben vorgenommenen Handlung erklärt haben. Namentlich schien ihm die ausgezeichnete Rede des neuen Prälaten ergriffen zu haben, zu deren Schluss er selbst ein „Amen“ hinzufügte. Es ist diese Anerkennung um so erfreulicher, als Hr. Kapff für einen der ausgezeichnetsten Geistlichen gilt, dessen Licht selbst auf dem großen Kirchentage vom vergangenen Spätjahre noch hell leuchtete, als so viele der bedeutendsten Männer verstorben waren. Selbst die politische Ansicht des Hrn. Kapff, der sich durchaus Preußen zugeneigt hat, dürfte bald selbst als Schatten einer Differenz zwischen ihm und der Regierung verschwinden, wenn in Dresden das Ziel erreicht seyn wird, das jeder Vaterlandsfreund je eher je lieber herbeiwünscht.

Das alte Jahr schloß sehr ruhig und auch das neue haben wir sehr still angetreten. Der Witterung nach hätte man sich eher im April als an der Jahreswende angekommen glauben sollen, so stürmte es und schloß der Regen in Strömen herab in der Sylvesternacht. Dies hielt aber unsere Straßenjungen nicht ab, gegen Mitternacht unsinnig auf den Straßen zu schießen und Mordschläge zu legen. Eine hohe Polizei verfehlt zwar nie vorher gegen dieses Treiben zu warnen, allein Dies hilft Nichts. Das einfachste Mittel, diesem heillosen Treiben durch unaufhörliches Patrouilliren von Polizeisoldaten und Militär, und strenges Bestrafen der Ertrappten ein Ende zu machen, wird nicht angewendet, und zwar jetzt um so weniger, seitdem die Polizei, Dank den Märzerrungenschaften, in städtische Hände übergegangen ist. Aus dem „Beobachter“ erfährt man, daß seit dem 14. Dez. außer dem Hrn. Errektor Schniger 25 Personen auf den Asperg geliefert wurden, die alle wegen der Reutlinger Versammlung in Untersuchung sind. Der Stand sämtlicher Gefangenen auf dem Asperg beläuft sich auf 64.

Ulm, 1. Jan. (Allg. Z.) Der württembergische Ingenieur-Oberleutnant v. Erhardt, seit Beginn des hiesigen Festungsbauens bei demselben in Thätigkeit, ist von der württembergischen Regierung zum Obersten befördert, zum Festungsbau-Direktor des linken Ufers ernannt, und somit diese seit mehreren Wochen durch die Abberufung des preussischen Obersten v. Prittwitz erledigte Stelle wieder besetzt worden. Die bayrische Regierung hat unterm 25. v. M. die Her-

stellung der telegraphischen Verbindung mit Württemberg von Augsburg hieher anbefohlen.

München, 1. Jan. (A. Abbz.) Diesen Mittag nach dem Hochamte, welchem der König und sämtliche k. Prinzen, gefolgt vom großen Cortège, in der Allerheiligen-Hofkirche anwohnten, fand die feierliche Auffahrt im altberöhmlichen Glanze und unter weit größerer Theilnahme als in den Vorjahren statt; nicht weniger als 511 Herren wurden aufgerufen. Alles erschien in größter Gala, und die herrlichen Equipagen, so wie der Glanz der Uniformen gewährte einen herrlichen Anblick.

Die 2. Division des zweiten mobilen Armeekorps hat sich aufgelöst, in die betreffenden Garnisonen zurückzuziehen, und die Mannschaft ist bis auf 25 Mann per Kompagnie zu beurlauben.

Die Oberleitung unseres Hof- und Nationaltheaters wird demnächst in andere Hände übergehen. (Dr. Dingelstedt soll bereits zum Intendanten ernannt seyn.)

Ashaffenburg, 2. Jan. (Ashaff. Z.) Gestern Nachmittag traf ein Bataillon des kais. österreichischen Regiments Benedek, welches bisher bei dem Armeekorps des Feldmarschall-Leutnants Ledebitsch stand, dahier ein. Dasselbe wird heute Naftatt halten, und morgen den Marsch nach seinem neuen Bestimmungsorte, der Festung Naftatt, fortsetzen. In gleicher Weise werden am 3. und 5. d. M. die zwei andern Bataillone dieses Regiments dahier anlangen, und nach abgehaltenem Rafttage ebenfalls nach Naftatt weiter marschiren.

Frankfurt, 1. Jan. (Schw. M.) Nachdem die Deutsche Zeitung bis zum 22. v. M. keine neue Abonnementsanzeige erlassen hatte, dann doch an einen andern Eigentümer übergegangen war, der erst vorgestern zurücktrat, worauf am gestrigen Tage die offizielle Anzeige des Aufhörens des Blattes erfolgte, ist nun das Eigenthum der Deutschen Zeitung dem Vernehmen nach für 10,000 fl. an Hrn. W. H. Goldschmidt dahier übergegangen, wodurch sie ihre Richtung etwas mehr nach links nehmen wird.

Kassel, 1. Jan. (Fr. Z.) Heute haben die Bequartierungen in der größten Ausdehnung begonnen; wohl an 1500 Mann wurden eingelegt. Zunächst traf es die Mitglieder der Gerichte, welche, nachdem sie durch Verwendung der Stempel die Exekution von sich abgewandt haben, nunmehr der Bequartierung für ihre frühere Rentenz verfallen; dann aber wurden auch die Mitglieder aller andern Behörden, so wie alle Personen, die sich bei den letzten Ereignissen in irgend einer Weise betheiligt hatten, bequartiert; sogar die Mitglieder des Komite's zur Unterstützung der Staatsdiener und entlassenen Offiziere. Selbst Leute von notorisch konservativer Gesinnung wurden nicht verschont. So erhielt Geh. Rath Koch, früherer Minister des Innern, derselbe, welcher gemeinschaftlich mit Scheffer die Deutschkatholiken beschränkte, 10 Mann; auch Dr. Pinhas, der loyale Redakteur der „Kasselschen Zeitung“, wurde bedacht.

Es sind zwei Kriegserichter, ein oberes und ein unteres, bestehend aus bayrischen und österreichischen Offizieren, bei welchen bayrische Auditeurs die juristischen Funktionen versehen, gebildet und bereits in voller Thätigkeit.

Altona, 1. Jan. (Köln. Z.) Am 3. d. M. (Freitag), an demselben Tage also, der die preussischen Kammern wieder versammelt sieht, beginnen auch die unterbrochenen Sitzungen der ersten schleswig-holsteinischen ordentlichen Landesversammlung wieder. Eine trübe Ahnung lebt in manchem Gemüthe, daß es auch die letzte gewesen seyn wird, und der verhängnißvolle Ernst der gegenwärtigen Situation muß bald auch aus den Verhandlungen und Beschlüssen dieser Volksvertreter zur Erscheinung kommen. Daß die Regierung denselben schleunigst Mittheilungen über die gegenwärtige Lage des Landes und die Eventualität, wenn man sich den Anforderungen des Bundes nicht fügen würde, in geheimen Sitzungen machen wird, ist unzweifelhaft. Hr. v. Harbou, Departementschef für die äußeren Angelegenheiten, ist von Dresden zurückgekehrt und ging gestern Abend nach Rendsburg ab. Am vorigen Sonnabend Morgens 1/8 Uhr hat dort eine kriegsgerichtliche Exekution stattgefunden. Der aus Bayern gebürtige Soldat, welcher — wie schon erwähnt — den Leutnant v. Seltsch, einen Breslauer, vor der Fronte und zwar während der Parade erschossen hatte, küßte sein Verbrechen mit dem Tode. Es wurde Anfangs behauptet, der Mörder sey wegen kindlicher Umstände zu 20 Jahren Zuchthausstrafe begnadigt worden; jedoch war Dies unbegründet. Die Statthaltertschaft mag wohl gezögert haben, das erste Todesurtheil zu unterzeichnen. Es ist aber geschehen und der Vollzug desselben hier gestern bekannt.

Die hiesigen Lazarethe sind gestern von dem Generalstabsarzt der Armee inspiziert worden. Verschiedene Offiziere, die sich dort befanden, geben auf seine Weisung nach Rendsburg ab. Die dort angekauften Borräthe sind großartig und könnten der Festung noch vortreffliche Dienste leisten.

Berlin, 29. Dez. (Allg. Z.) Die traurige Lage der Weinproduzenten, namentlich in den Rhein- und Moselgegenden, wird von einem Abgeordneten der Rheinprovinz auch diesmal vor die Kammer gebracht werden, der zur Motivierung eine Uebersicht der Ernteerträge seit 50 Jahren beifügt, aus welcher sich eine von Jahrzehnd zu Jahrzehnd steigende Verschlechterung ergibt. Während die Weinsteuer im Jahr 1847 eine Summe von 170,000 Thlr. ergab, betrug dieselbe im folgenden Jahr nicht mehr als 18,000, und auch im verfloffenen Jahr hat der inländische Weinbau bloß 24,000 Thlr. an Steuern eingetragen.

Berlin, 31. Dez. Ueber die Flucht Kinkel's schreibt man der „Magdeb. Z.“: Nach sicherem Vernehmen hat die geführte Untersuchung bereits dahin geführt, daß einer der Wärter geständig ist; bei der Flucht mitgewirkt zu haben. Derselbe hat den Rathsherrn Krüger in Spandau als Leiter des Unternehmens bezeichnet, welcher den mehrerwähnten Studiosus Schurz in seinem Gasthose aufgenommen, ihn

selbst aber durch eine Geldsumme zur Hilfeleistung vermocht habe. Rathsherr Krüger ist in Folge dessen noch verhaftet und die Untersuchung wird fortwährend mit großer Thätigkeit fortgeführt. Namentlich erstreckt sich dieselbe auch nach Mecklenburg hin, wo man sichere Indizien der Durchreise Rinkel's bis zur Ostsee hin entdeckt haben soll.

Berlin, 1. Jan. Der Präsident der Zweiten Kammer, Hr. Graf v. Schwerin, hat der „Constit. Z.“ die nachfolgende Erklärung übersendet:

Mehrere Zeitungen, und zuletzt in ihrer Weise kritisch die „Deutsche Reform“, haben eine Aeußerung erwähnt, die ich dem Herrn Minister v. Manteuffel gegenüber in Bezug auf die Olmüger Konferenz gethan haben soll. Nicht meiner Person, sondern meiner amtlichen Stellung wegen erkläre ich hiermit, daß sie nicht von mir gethan. Schon früher war ich veranlaßt, zu erklären, daß ich, nachdem der Herr Minister der Versammlung der Abgeordneten in meiner Amtswohnung Mitteilung von dem Resultat der Olmüger Konferenz gemacht, mich dahin ausgesprochen habe, daß ich dies Resultat für kein glückliches halten könne. Ich habe diese Meinung weitläufiger motivirt, indem ich die Konsequenzen entwickelte, die sich, meiner Auffassung nach, für unsere innere wie für unsere auswärtige Politik daraus knüpfen müssen; daß ich dabei im Ausdruck lebhaft gewesen bin, mag seyn; die mir in den Mund gelegten oder auch nur denen ähnlichen Worte aber habe ich nicht gebraucht. Wahrscheinlich hat zu der Zeitungsnotiz eine Aeußerung Veranlassung gegeben, die ich vor dem Erscheinen des Herrn Ministers im Gespräch mit einigen Abgeordneten gethan, und die, so weit ich mich erinnere, dahin ging, „daß ich mich lieber in Städte reisen lassen wolle, als durch mein Votum meine Zustimmung zu dem Verfahren der Regierung in dessen Gefolge.“ Puzar, 29. Dezember 1850. Graf v. Schwerin.

Berlin, 2. Jan. Der Hr. Ministerpräsident ist gestern Abend nach Dresden abgereist, wird jedoch heute Abend hier wieder eintreffen.

Noch alle Tage laufen Adressen aus den verschiedensten Theilen der preussischen Monarchie und Deutschlands ein, welche dem Hr. Ministerpräsidenten Dank sagen für die Erhaltung des Friedens. So ist neuerdings eine solche eingegangen aus Halle, von dem „Treubund mit Gott für König und Vaterland“, welcher dem Muth die Dankesäußerung bringt, „der spize Neben so wenig scheut als spize Kugeln.“ Eine Adresse aus dem Weferinger Kreise mit 845 Unterschriften spricht neben dem Dank für Erhaltung des Friedens es aus, daß man vollkommen sich bewußt sey, „wie dadurch eine bessere Zeit angebahnt, wie nur im Frieden des Volkes Glück von neuem aufblühen könne.“ Der „Mannsfelder Bauernverein“ wünscht in seiner Adresse, daß dem Hr. Ministerpräsidenten dies Zeichen „seiner freudigsten Anerkennung diejenige Genugthuung und Erhebung des Herzens gewähren möge, deren auch die Besten unter schmerzlicher Verkennung so sehr bedürfen.“

Aus Leipzig ist das Weichgeschenk des Dankes und der Anerkennung angekommen, welches angesehene Bewohner dieser Stadt dem Hr. Ministerpräsidenten darzubringen sich veranlaßt gesehen haben. Es ist ein Kranz aus mattem Silber, Vorberblätter und Eichen durchschlingen sich. Das Ganze schließt eine Krone, nach dem Muster der römischen Bürgerkrone gearbeitet. Sie trägt die Inschrift:

„Dem klaren Manne, welcher der Völker wahres Glück erkannt;

„Dem kräftigen Manne, welcher den Muth hatte, für den Frieden zu sprechen, wo die entfesselte Leidenschaft zum Kriege rief;

„Dem deutschen, braven Manne, welcher für des gesammten Vaterlandes Größe und Gedeihen segensreich wirkt; dem Manne, den Gott schütze und erhalte, aus Dankbarkeit“

mehrere Bürger Leipzigs im Sinne und Geist so vieler ihrer Mitbürger.“

In dem Anschreiben, welches diese Gabe begleitet, wird bemerkt, daß bei den Resultaten der Bemühungen des Hr. Ministerpräsidenten dem Vorbeerfranz die „deutschen Eichen“ nicht fehlen dürften.

Durch allerhöchsten Erlaß vom 30. v. M. und Jahres ist das in den hohenzollern'schen Fürstenthümern beziehungsweise seit 1835 und 1840 eingeführte Institut der Gendarmerie aufgehoben und dagegen das in den übrigen Theilen der Monarchie bestehende Institut der Landgendarmarie auf jene Landestheile übertragen worden. Im Uebrigen sollen die dort vorhandenen Bestimmungen über die Befugnisse und Obliegenheiten der Gendarmerie auch ferner so lange in Kraft bleiben, bis sie auf gesetzlichem Wege abgeändert werden. Dem Vernehmen nach steht auch die Einführung der preussischen Heeresverfassung in den hohenzollern'schen Fürstenthümern nahe bevor, und wird zum Frühjahr mit dem Erfassungsgeschäft begonnen werden. Die beiden Landwehrkompagnien, in welche die Fürstenthümer eingetheilt werden, sollen dem ersten Bataillon (Neuwied) 29. Landwehregiments überwiesen werden.

Wosen, 31. Dez. (D. P. A. Z.) Aus dem Königreich Polen gehen uns heute aus verlässlicher Quelle äußerst wichtige Nachrichten zu, die Ihnen mitzutheilen ich mich beilege. Zunächst haben noch zwei russische Armeekorps plötzlich Befehl erhalten, in voller Stärke in das Königreich einzurücken und hier Winterquartiere zu beziehen; zugleich sind dieselben, so wie die bereits in Polen stehende Armee, auf den Kriegsfuß gesetzt. Niemand, selbst die in der Nähe unserer Gränze stationirten höhern russischen Militärs nicht, kennen den Grund dieser völlig unerwarteten Maßregel. Ein großer Theil dieser Truppen soll längs der preussischen und österreichischen Gränze dislozirt werden. Ferner ist zu melden, daß die bisherige polnische Gränzbeamten, die am 13. Januar durch eine doppelt stärkere Zahl von Russen ersetzt werden, sämtlich mit Halbsold entlassen worden sind. Das Wichtigste aber ist, daß das Werk der Russifizierung nunmehr in Polen seinen entschiedenen und raschen Fortgang nimmt. Außer der Gränzbewachung wird auch das bisherige polnische Postwesen schon mit dem 13. Januar in ein kaiserlich russisches umgewandelt; die Oberpostbehörde in Warschau

wird ein dem Generalpostdirektor in Petersburg unmittelbar untergeordnetes kaiserliches Hauptpostamt, und alle übrigen Postämter in Polen werden kais. russ. Postkomptoirs, deren Wappen der Doppeladler ist. Alle Beamten, die nicht fertig Russisch können, erhalten ihre Entlassung mit Halbsold. Das Beste bei der Sache ist, daß das bislang so hohe Briefporto auf den russischen Satz ermäßigt worden ist, und jeder einfache Brief ohne Rücksicht auf die Entfernung des Adressats nur 10 Kopeken kosten wird. Die Verwandlung aller übrigen polnischen Institute in russische ist auf ein Halbjahr, nämlich bis zum 13. Juli 1851 — dem 1. Juli der Russen — ausgesetzt, wo auch die bisherige polnische Justiz ganz aufhört, und der russische Kodex eingeführt wird. Eben so nehmen die geistliche, Kirchen-, und Schulverwaltung mit diesem Tage eine gänzlich veränderte (russische) Gestalt an, indem alle liegenden Gründe und sonstigen Revenüen der Kirchen und Schulen vom Staate eingezogen, die Beamten dieser Institute aber auf fixen Gehalt (nach russischen Sätzen!) gestellt werden. Endlich ist der Schlüsselstein dieser Metamorphose die Bestimmung, daß allen jetzigen Beamten im Königreich Polen eine Frist von einem Jahre bewilligt wird, um sich die Kenntniß der russischen Sprache vollkommen anzueignen; wer das nicht vermag, wird, gleich der großen Zahl der schon anderweitig überflüssig werdenden Beamten, mit Halbsold entlassen.

Wien, 30. Dez. (Lloyd.) Am 20. Januar 1851 werden in Wien die Vertreter der Industrie, des Handels, und der landwirthschaftlichen Interessen zu einer Berathung bezüglich des neuen Tarifentwurfs zusammentreten. Denselben darf keine Instruktion von Seiten ihrer Wähler mitgegeben werden. Die Städte Wien, Prag, und Brünn werden bei jener beratenden Versammlung doppelt vertreten seyn.

Mit großer Befriedigung haben wir in Erfahrung gezogen, daß der Präsident des Reichsraths, Frhr. v. Kübeck, durch ein allerhöchstes Handbillet aufgefordert worden, seine Ansichten über die Herstellung unserer Geldverhältnisse Sr. Maj. dem Kaiser zu unterbreiten. Besprechungen sollen zwischen jenem hochverehrten Staatsmann und dem Finanzminister bereits früher hinsichtlich dieser Angelegenheit gepflogen worden seyn, bei welchen jedoch Baron Kübeck sich mit großer Zurückhaltung geäußert haben soll. Jetzt, nachdem die Aufforderung des Monarchen selbst an den Präsidenten des Reichsraths ergangen ist, dürfen wir uns Hoffnung machen auf ein motivirtes Gutachten über die Mittel, unsere finanziellen Verhältnisse zu verbessern, welche, wir zweifeln nicht daran, uns einer bessern Zukunft entgegenführen werden.

Frankreich.

Strasburg, 3. Jan. (M. Z.) Im Laufe des nächsten Monats eröffnet die Verwaltung der Messageries Nationales einen regelmäßigen Schiffsfahrts-Dienst zwischen Havre und den Vereinigten Staaten Amerika's. Wenn diese Gesellschaft in Bezug auf das neue Unternehmen den ehrenvollen Ruf rechtfertigt, welchen sie sich durch die bisherige Solidität in ihrem über ganz Frankreich verbreiteten Eilwagendienst erworben, so ist für die Reise nach Amerika jedenfalls eine neue empfehlenswerthe Fahrgelegenheit mehr gewonnen.

Paris, 2. Jan. Die Neujahrsgratulationen im Elysee haben gestern den ganzen Vormittag fortgedauert. Unter den Reden des Präsidenten der Republik hebt die „Patrie“ besonders die Anekdote an den Präsidenten des Kassationshofes, Hr. Portalis, hervor. „Es ist mir ein hohes Vergnügen“, soll Ludwig Napoleon Bonaparte gesagt haben, „dem Kassationshof und der Magistratur heute meine lebhaften Sympathien auszudrücken. Es ist mein innigster Wunsch, daß die Prinzipien immer erhaben über den Parteileidenschaften bleiben mögen. Ehemals hieß es: „Es gibt ein Kammergericht zu Berlin!“ Damit drückte man den Gedanken aus, daß es einen Damm gebe, um selbst einer despotischen Gewalt zu widerstehen. In Frankreich ist Dies noch viel wahrer, wie Jedermann weiß. Die erleuchtete, unabhängige Magistratur gehorcht nur ihrem Gewissen und weiß, daß die Regierung immer diese erste Garantie zivilisirter Gesellschaften, die Justiz, respektiren wird!“ — Dies heißt wohl deutlich genug: die Nationalversammlung hat die Justiz nicht respektirt!

Wie es heißt, will die ganze Magistratur gegen das Verfahren der gesetzgebenden Versammlung aus Veranlassung der Verhaftung des Volksvertreters Mauguin Protest einlegen. Dupin soll von den bedeutendsten seiner Kollegen von der Magistratur Vorwürfe darüber empfangen haben, daß er zur Ausführung des Dekrets vom vorigen Sonnabend die Hand geboten. Auf einem großen Diner bei Troplong soll er sich damit gerechtfertigt haben, daß er als Präsident der Nationalversammlung nicht anders konnte, obgleich er wohl eingesehen, daß dieselbe sich nicht hinreichend Rechenschaft über die Bedeutung des von ihr unternommenen Schrittes abgelegt habe. Daß über das Dekret vom Sonnabend in allen Parteien sehr abweichende Ansichten herrschen, erhellt daraus, daß u. A. Cavaignac, wie er einigen Freunden selbst erzählt hat, mit dem Ministerium gegen den Antrag de Larochefaquelein's votirt hat.

Mehrere in Paris in Garnison liegende Regimenter haben ihren Sold in Gold ausgezahlt erhalten.

Die Sitzung der Nationalversammlung war ohne Interesse. Mauguin, der durch seine Kollegen aus dem Schuldgefängniß Befreite, nahm heute wieder seinen Platz ein.

*** Nassau, 2. Jan.** Auf dem hiesigen Fruchtmarkt wurde zu nachstehenden Mittelpreisen verkauft: Das Malter neuer Kernen 10 fl. 18 kr.; Weizen 9 fl. 46 kr.; neues Korn 6 fl. 44 kr.; Gerste 6 fl. 24 kr.; neues Weizen 6 fl. 42 kr.; neuer Haber 3 fl. 32 kr.

Bermischte Nachrichten.

— * Paris, 30. Dez. Eine neue Oper von Auber „der verlorne Sohn“ (l'enfant prodigue) gefällt sehr. Einen weniger gün-

stigen Erfolg hatte eine neue Oper von Halévy, „Fique Dame“ welche vorgestern zum ersten Male gegeben wurde.

Nachschrift.

Berlin, 2. Jan. In ihrem heutigen Leitartikel kann die „Deutsche Reform“ die Nothwendigkeit einer Auflösung der Kammern nicht erkennen; sie vertraut vielmehr auf die Besonnenheit der Majorität beider Kammern.

Das preussische Truppenkorps, welches an der medlenburg-holsteinischen Gränze und bei Hamburg zusammengezogen wird, soll von dem General v. Wulow befehligt werden.

Das nach Holstein bestimmte österreichische Truppenkorps wird preussisches Gebiet nicht berühren.

Man erfährt, daß demnächst die Demobilmachung zweier Armeekorps bevorsteht. Die Infanterie derselben soll ganz auf Friedensfuß gestellt werden. Von der Kavallerie sollen per Schwadron 50 Mann entlassen werden. Die Truppen, welche sich bei Hamburg konzentriren, sollen dem 3. Armeekorps entnommen werden.

Heute Abend trifft der Prinz von Preußen hier ein. Die Prinzessin wird in etwa 8 Tagen erwartet.

Die Instruktionen, bezieht die „L. G.“, welche den Kommissarien für Schleswig-Holstein erteilt worden sind, werden unverzüglich zur Kenntniß der in Dresden vertretenen Regierungen gebracht.

Wir hören, daß der Statthalterchaft in Schleswig-Holstein noch besonders notifizirt worden ist, wie Oesterreich und Preußen bei Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage den Bundesbeschluß vom September 1846 zur Grundlage nehmen und die Bundesrechte des Herzogthums wahren werden. Fürst Schwarzenberg hat in Dresden dem Grafen Reventlow eine ähnliche Erklärung mündlich gegeben.

Die dänische Regierung ist offiziell von den Maßregeln unterrichtet worden, die das österreichische und das preussische Gouvernement in Betreff der Herzogthümer ergriffen haben; es ist gleichzeitig bemerkt worden, in welcher Art die in Rede stehenden Verhältnisse diesseits aufgefaßt werden.

Mendenburg, 31. Dez. (Börse.) Bei einer heute stattgehabten Refekozsierung ist es bei Möhlhorst zu einem lebhaften Gefechte gekommen. Das 2. Jägerkorps hat die Verschanzungen der Dänen vor Möhlhorst und darauf den Hof genommen und 20 Gefangene gemacht. Es hat einige Verwundete, darunter die Leutnants Rasemann und Meyer, gegeben. Die Dänen haben den Hof Möhlhorst in Brand gesteckt. Gleichzeitig hat das 1. Bataillon einen und das 13. Bataillon drei Gefangene gemacht.

Wien, 31. Dez. Der „Deutschen Zeitung aus Böhmen“ wird von hier gemeldet: Was wir vor einiger Zeit über die beabsichtigte Zusammenkunft Sr. Maj. des Kaisers mit dem Könige von Preußen schrieben, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Es dürfte übrigens nicht dabei allein sein Bewenden haben. Russische Noten haben schon vor zwei Monaten einen Fürstentkongreß angetragen, und dieser Gedanke hat bei vielen Regierungen Anklang gefunden.

Frankfurter Kurszettel. Staatspapiere.

Frankfurt, 3. Jan.		Prz.	Pap.	Geld.
Oesterreich.	Metalliquesobligationen . . .	5	74	7 3/4
	„ „ „ . . .	4	57 1/2	57
	„ „ „ . . .	3	44 1/2	43
„	Wiener Bankaktien . . .	1	64	1 59
	fl. 500 Loose . . .	134	154	153 1/2
	fl. 250 Loose von 1839 . . .	87	87	86 1/2
„	Bethmann'sche Obligationen . . .	4	74 1/2	—
	ditto ditto . . .	4 1/2	—	—
Preußen.	Staatspulscheine . . .	3 1/2	85 1/2	84 7/8
	Obligationen bei Rothschild . . .	4 1/2	—	—
Baden.	Obligationen . . .	5	112	101 1/2
	Obligationen . . .	3 1/2	81	8 1/2
„	50 fl. Loose vom Jahr 1841 . . .	—	53 1/2	53
	35 fl. Loose vom Jahr 1845 . . .	—	31 1/2	31 1/2
	Obligationen vom Jahr 1839 . . .	3 1/2	95	94 1/2
Frankfurt.	ditto v. J. 1846 . . .	3 1/2	93	92 1/2
	ditto . . .	3	81 1/2	81 1/2
Kurpfalz.	Taunusaktien à 250 fl. . .	—	303	307
	Partialloose à 40 Thlr. Preuß. Grundrenten-Oblig. . .	4	305 1/2	308 1/2
Bayern.	Obligationen . . .	3 1/2	84 1/2	83 1/2
	Obligationen v. J. 1849 . . .	4 1/2	95	94 1/2
Darmstadt.	ditto . . .	4	90 1/2	85 1/2
	ditto . . .	3 1/2	87	86 1/2
Nassau.	Partialloose à fl. 50 . . .	—	74 1/2	74
	ditto à fl. 25 . . .	—	28 1/2	28 1/2
„	Obligationen bei Rothschild . . .	3 1/2	26 1/2	26 1/2
	Partialloose à fl. 25 . . .	—	83 1/2	82 1/2
Würtemb.	Oblig. b. Rothschild . . .	4 1/2	98 1/2	97 1/2
	ditto ditto . . .	3 1/2	83 1/2	82 1/2
Holland.	Integralen . . .	2 1/2	57 1/2	57 1/2
	Partialloose à fr. 36 b. Obr. Bethm. . .	—	33 1/2	33
Sardinien.	Span. Arboins incl. 20 Coup. . .	5	—	—
	ditto inländische . . .	3	33 1/2	33 1/2
Spanien.	„ „ „ . . .	—	—	—
	Obligationen à fl. 500 . . .	4	81 1/2	81 1/2

Geldkurs vom 3. Jan.

Gold.		Silber.	
fl.	fr.	fl.	fr.
100	9 25	100	—
100	—	100	—
100	9 26	100	—
100	9 38	100	—
100	5 35	100	—
100	9 21	100	—
100	11 38	100	—
100	—	100	—

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

Literarische Anzeigen.

K.302. Im Verlage von H. R. Sauerländer in Karau ist erschienen und durch den gesamten Buchhandel zu beziehen; in Karlsruhe bei G. Braun vorrätig:

Methodisch-praktische Anleitung zu einem geist- und gemüthbildenden naturkundlichen Anschauungs-Unterricht für die untere und mittlere Stufe der Volksschule. Von M. Sandmeier, Lehrer der Naturkunde und Landwirtschaft am aargauischen Lehrerseminar. Auch unter dem Titel: Lehrbuch der Naturkunde für die Volksschule. Erster Theil. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage, mit zahlreichen in den Text und besonders abgedruckten Abbildungen. In Umschlag gebunden, gr. 8. Preis 3 fl. 12 fr.

Bei den vielen gerühmten und zum Theil bewährten Lehrbüchern des naturwissenschaftlichen Unterrichts, welche seit zwanzig Jahren erschienen sind, mag es bei Leistung obiger Ankündigung wohl Manchem scheinen, der Verfasser wolle Eulen nach Athen tragen. Das Buch selbst aber wird, bei näherer Prüfung, diese Voraussetzung vollständig widerlegen. — So spricht sich ein kompetenter Schulmann aus. „Der Verfasser begegnet den Irrwegen des naturkundlichen Elementarunterrichtes, die eben in den Volksschulen so häufig betreten werden, und diesen Unterricht für die Jugend ungenießbar und darum nutzlos machen, durch richtige Begrenzung des Unterrichtsstoffes, und durch spezielle praktische Anleitung für den Lehrer zu Beherrschung desselben. Eben so trefflich ausgewählt als geordnet behandelt der Verfasser den reichhaltigen Stoff in der einfachsten, kindlich anprechenden Sprache, welche mit dem Stelgen der Schulklassen in natürlichem Schritte zwar ebenfallt steigt, aber nie über die Fassungskraft des Schülers hinaustritt. Es darf daher dieses Buch ungeschämt als ein wesentlicher Fortschritt des elementar-naturkundlichen Unterrichtes bezeichnet, und jedem für das Gedeihen seiner Schule besorgten Lehrer sehr anempfohlen werden.“ Jede Buchhandlung wird es gerne zur Ansicht und Prüfung vorlegen.

21. [3]2. Freiburg. Anzeige.

Von großh. Justizministerium bin ich zum Advokaten und Procurator bei großh. Hofgerichte des Oberrheinischen ernannt worden, was ich hiemit zur öffentlichen Kenntniss bringe.

Freiburg, 29. Dezember 1850.

R. Naf.

59. [2]2. Karlsruhe. — Frische franz. Austern, — großes franz. Geflügel, — frische kleine Turbots, Colles, — Homards (Summern), Langoustes (große Seezrebbe).

frischen Caviar in 1/2-Pfund-Päckchen, vorzügliche Straßburger Gäuseleber-Pasteten, frische Trüffel, Nücinge zum Braten à 2 fr. pr. Stück, sowie besten Fromage de Brie, de Neuchâtel, de Roquefort, Münster-Käs, Gouda, Strachin di Milano, Parmesan, Eidamer, Emmenthaler, Rahmkäs u. c. empfiehlt billigst

G. Aletch.

58. [9]1. Straßburg. Zu vermieten

die Speisewirtschaft (Restaurant) der Mineral-Bad-Anstalt von Sulz bei Molsheim im Elsass. Sich zu melden an Hrn. Wenger, Eigenthümer, in Straßburg, Regen-Bogen-Gasse Nr. 8.

64. [3]1. Karlsruhe. Gasthof zu verkaufen.

In einer der größeren Städte des Seckreises wird ein gut eingerichteter Gasthof, dessen Besitzer sich seit vielen Jahren einer starken Frequenz zu erfreuen hat, von demselben wegen Krankheit zu verkaufen gewünscht.

Frankirte Anfragen, mit dem Zeichen W. A. versehen, befördert die Expedition dieser Zig.

K.647. [3]3. Nächstbist bekannte Stollwerk'sche Brust-Caramellen

aus der Bonbon-Fabrik von Franz Stollwerk, Hoflieferant, in Köln am Rhein.

Diese benannten Caramellen haben sich durch ihre außerordentliche Wirkung bei Hals- und Brustbeschwerden in ganz Europa verbreitet, und bei allen Konsumenten die größte Anerkennung gefunden, werden von den hochgestellten Ärzten als ein probates Hausmittel empfohlen.

Dieselben sind in rosarothem Päckchen mit dem königlich preussischen Wappen, meiner Firma mit Familien-, so wie dem Stadt-Kölnischen-Wappen versehen, verpackt und mit meinem Pestschutz versiegelt. Ich habe meine Niederlage bei Herrn J. Schick in Kebl, bei welchem sie echt zu 4 Groschen oder 14 Kreuzer das Paket zu haben sind.

Franz Stollwerk, Hoflieferant, in Köln am Rhein, Schildergasse Nr. 49. Mich auf obige Anzeige beziehend, empfehle mich zu deren gefälligen Abnahme bestens. Kebl. Jos. Schick.

63. Empfehlenswerthe Zeitschriften für 1851,

welche bei Ferdinand Enke in Erlangen erscheinen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen sind, in Karlsruhe durch A. Viefel.

Blätter für gerichtliche Anthropologie. Für Aerzte und Juristen von J. B. Friedrich. Der Jahrgang in 5—6 Hefen à 36—40 fr.

Correspondenzblatt, pharmaceutisches, für Süddeutschland herausgegeben von einem Vereine süddeutscher Apotheker. X. Bd. 2 fl. 42 fr.

Gerichtssaal, der, Zeitschrift für volksthümliches Recht, insbesondere für öffentlich-mündliches Verfahren in Kriminal- und Zivilsachen und Geschwornenverfassung. Unter Mitwirkung vieler, den deutschen Gesetzgebenden Versammlungen, Gerichtshöfen und Hochschulen u. angehörenden Juristen, herausgegeben von Dr. L. v. Jagemann. Der Jahrgang in 12 Hefen à 5—6 Bogen in gr. 8°. 8 fl. (Einzeln Hefte à 12 Ngr. oder 40 fr.)

Jahresbericht, L. Canstatt's, über die Fortschritte der gesammten Medizin in allen Ländern im Jahre 1850. Redigirt von Dr. Eisenmann. Der Jahrgang von 7 Bdn. ca. 20 fl. 59 fr.

Jahresbericht über die Fortschritte der Pharmacie in allen Ländern im Jahre 1850. Herausgegeben von Wiggers und Scherer. 3 fl. 36 fr.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg. Redigirt von A. Killiker, J. Scherer, R. Birchow. Erscheint in zwanglosen Hefen à 36—54 fr.

K.800. [3]3. Karlsruhe.

Anzeige und Empfehlung.

Die unter der Firma Erd. & Ernst Deimling dahier bestandene Silberwaaren-Fabrik ist durch den Tod meines Bruders Friedrich, und nach freundschaftlicher Uebereinkunft mit meiner Schwägerin getrennt worden.

Diese Anzeige widme ich empfehlend mit dem Bemerkten, daß ich unterm heutigen Tage für meine eigene Rechnung eine

Silber- und Metallwaaren-Fabrik

errichtet habe, und ich wie früher bei gefälligen Aufträgen in Graveur-Geschäften, als: Anfertigung von Wappen, Siegeln aller Art, Stampfen, Farbdruckstempeln u. prompte und billige Bedienung zusichere.

Karlsruhe, den 1. Januar 1851.

Ernst Deimling,

Blumenstraße Nr. 10.

72. Nr. 8. Bruchsal. (Holzverfeinerung.) Im Domänenwalde Eichelberg, Adth. 1, 6 und 7, werden

- Freitag, den 10. d. M., nachverzeichnete Holzsortimente versteigert: 3 Klaster eigenes Kuchholz, 257 1/2 " buchenes Scheiterholz, 40 1/2 " eigenes do., 5 " forstenes und gemischtes Scheiterholz, 68 " buchenes Prügelholz, 3 1/2 " eigenes do., 3 " gemischtes do., 20 1/2 " gemischtes Stochholz, 7300 Stück buchene Wellen, 3875 " gemischte do. Die Zusammenkunft ist früh 8 1/2 Uhr auf der Schindgasse am Steinbruch. Bruchsal, den 3. Januar 1851. Großh. bad. Bezirksforstei. F. v. Girardi.

67. [2]1. Nr. 10. Bergshausen. (Holzverfeinerung.) Aus dem herrschaftlichen Rittentwald werden nachbenannte Hölzer bis Donnerstag und Freitag, den 9. und 10. d. M., versteigert:

- 47 Stämme tannenes Kuch- und Bauholz, 25 Stück tannene Stangen, 146 1/2 Klaster buchenes, eichenes und Nadel-scheiterholz, 76 Klaster buchenes u. gemischtes Prügelholz, 9425 Stück buchene und gemischte Wellen, 4 Loos Schlagraum und einige Klaster Stochholz. Am ersten Tage wird auch das Stamm- und Stangenholz versteigert. Man versammelt sich jeden Tag früh halb 9 Uhr beim Rittenthof. Bergshausen, den 2. Januar 1851. Großh. bad. Bezirksforstei. G. A. M. A. R.

76. [2]1. Nr. 10, 30. Karlsruhe. (Defensitive Aufforderung.) Die Schuldner der Lederhandlung Seligmann Levis dahier werden der Theilung halber aufgefordert, sich ihrer Verbindlichkeit durch Zahlung an Lazarus Levis binnen 4 Wochen

um so gewisser zu entscheiden, als sie sonst gerichtliche Klage zu gewärtigen hätten. Karlsruhe, den 28. Dezember 1850. Großh. bad. Stadtamtsreferat. B. D. A. R. Mayer.

77. [3]1. Neckarsum. (Amortisation.) Eine unterm 6. November 1836 von dem Stadtschäfer Wolff zu Widdern gegen die Frau Majorin v. Adelsheim, unter Bürgschaft des Kronenwirths Zimmermann von Widdern, ausgestellte Schuldbenscheinung über ein Darlehen von 405 fl. ist verloren gegangen, weshalb auf Anrufen sämmtlicher Theilhaber deren etwaiger unbekannter Besitzer aufgefordert wird, dieselbe binnen 45 Tagen

um so gewisser hier vorzulegen und seine Ansprüche darauf nachzuweisen, als die Urkunde sonst für kraftlos erklärt werden würde. So beschloffen im königl. württembergischen Oberamtsgericht Neckarsum, den 28. Dezember 1850.

3irkler. 55. Nr. 380. Heidelberg. (Bekanntmachung.) Von der hiesigen Stadt-Schuldentilgungskasse wurden nachfolgende städtische Obligationen und Zinscoupons eingelöst, und heute in Gegenwart der dazu verordneten Kommission verbrannt, was hiermit zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Verzeichniß der verbrannten Papiere: 1 Kriegsschulden-Coupon Nr. 25, à 20 fl. Obligationen Nr. 45, 58, 62, à 500 fl., vom Anleihen 1836, jede mit 9 Coupons vom 1. Juni 1850 an. Obligationen Nr. 4, 26, 35, à 500 fl., vom Anleihen 1834, jede mit 8 Coupons vom 1. Dezember 1850 an. Obligationen Nr. 88, 99, 100, 129, 169, 172, 173, 206, à 500 fl., vom Anleihen von 1842, jede mit 14 Coupons vom 1. Dezember 1850 an.

Zins-Coupons Nr. 14, 38, vom 1. Juni 1849, à 8 fl. 45 fr., vom Anleihen 1834. Zins-Coupons Nr. 6, 14, 31, 33, 37, 38, 65, 68, 70, 71, 73, à 8 fl. 45 fr., vom 1. Dezember 1849 von den Anleihen von 1834 und 1836.

Zins-Coupons Nr. 92, 93, 165, 167, à 8 fl. 45 fr., vom 1. Dezember 1849 von Anleihen von 1842. Zins-Coupons Nr. 3, 4, 6, 9, 14, 15, 16, 18, 19, 26, 28, 33, 35, 37, 38, 44, 45, 46, 49, 50, 51, 58, 61, 62, 67, 68, 70, 71, 73, 78, à 8 fl. 45 fr., vom 1. Juni 1850, von den Anleihen von 1834 u. 1836.

Zins-Coupons Nr. 81, 83 bis 88, 90 bis 94, 96, 97, 99, 100, 101, 105 bis 109, 113, 114, 116, 118, 119, 120, 122, 123, 125 bis 129, 132, 134, 138, 141 bis 145, 147, 151 bis 155, 159, 160, 162, 163, 166, 169, 172, 173, 175, 176, 178, 180, 182, 184 bis 187, 189 bis 196, 199, 200, 201, 203, 205 bis 208, 210, à 8 fl. 45 fr., vom 1. Juni 1850, Anleihen von 1842.

Zins-Coupons Nr. 3, 4, 9, 15, 16, 18, 19, 26, 28, 33, 35, 37, 46, 49, 50, 51, 61, 68, 73, 78, à 8 fl. 45 fr., vom 1. Dezember 1850, Anleihen 1834 und 1836.

Zins-Coupons Nr. 81, 83 bis 88, 90 bis 94, 96, 97, 99, 100, 101, 105 bis 109, 113, 114, 116, 118 bis 120, 122, 123, 125 bis 129, 132, 134, 138, 141 bis 145, 147, 151 bis 155, 159, 160, 162, 163, 166, 169, 172, 173, 175, 176, 178, 180, 182, 184 bis 187, 189 bis 196, 199, 200, 201, 203, 205 bis 208, 210, à 8 fl. 45 fr., vom 1. Dezember 1850, Anleihen 1842.

Zins-Coupons Nr. 211 bis 307, 310, 311, 314 bis 318, 320, à 11 fl. 15 fr., vom 1. Juli 1850, Anleihen vom Jahr 1849 à 70,000 fl.

Zins-Coupons Nr. 321 bis 450, 453 bis 459, 468 bis 470, à 2 fl. 14 fr., vom 1. Juli 1850 von demselben Anleihen.

Zins-Coupons Nr. 471 bis 521, 524 bis 570, à 11 fl. 15 fr., vom 1. Juli 1850 vom Anleihen 1849 à 60,000 fl.

Zins-Coupons Nr. 571 bis 631, 636, 640 bis 670, à 2 fl. 15 fr., vom 1. Juli 1850, von demselben Anleihen.

Zins-Coupons Nr. 671 bis 706, 708 bis 710, à 22 fl. 30 fr.

Zins-Coupons Nr. 711 bis 714, 716 bis 735, à 11 fl. 15 fr.

Zins-Coupons Nr. 736 bis 744, 747, 749 bis 751, 753 bis 758, 760, à 4 fl. 30 fr.

Zins-Coupons Nr. 761 bis 767, 770 bis 783, 785 bis 803, 805 bis 808, 810 bis 815, à 2 fl. 15 fr., sämmtliche vom 1. Juli 1850 und vom Anleihen von 1849 von 63,000 fl. Heidelberg, den 31. Dezember 1850. Großh. bad. Oberamt. Lang.

10. [3]3. Nr. 273. Mannheim. (Bekanntmachung.) Die Lösung der pro 1851 Konfiskationspflichtigen wird

Mittwoch, den 15. Januar 1851, Vormittags 9 Uhr, auf dem Rathhause dahier stattfinden.

Sämmtliche Pächter, oder an deren Stelle die Eltern oder Vormünder, haben sich daher an besagtem Tage und Stunde um so gewisser einzufinden, als bei dem Nichterscheinen des Einen oder Andern von Amts wegen für dieselben gezogen werden wird. Mannheim, den 30. Dezember 1850. Großh. bad. Stadtamt. Stephan.

70. Nr. 86. Haslach. (Diebstahl und Fahndung.) In der Nacht vom 21. auf den 22. d. M. wurden dem Dittilo Schöner von Hohenbach aus seiner Delmilch mittelst Einsteigens 4 1/2 Maas Ruchöl und etwa 7 Maas Rapsöl in zwei blechernen Flaschen, und ferner 6 Seher gestampfte Gerste und 1 Seher gestampfte Hirse in drei verschiedenen Säden, nebst einem alten Korbe, im Gesamtwerte von 18 fl. 28 fr., entwendet.

Jede der beiden Flaschen hält etwa 7 Maas, die eine ist noch fast ganz neu, an der andern aber ist der Boden an einer Stelle bereits verlöthet. Letztere Flasche befand sich zur Zeit der Entwendung in einem alten Korbe und war mittelst eines alten Seiles an die beiden Handhaben des Korbes befestigt. Der eine der entwendeten Säde faste 8, der andere 4, und der dritte nur 1 Seher Frucht; auf

letztem befand sich der Name „Bernhard Klausmann“ mit lateinischer Schrift und schwarzer Farbe vollständig ausgeschrieben, und nur einzelne Buchstaben sollen sich im Laufe der Zeit verwischt haben. Wir machen dies beifür die Fahndung auf die entwendeten Gegenstände und die 3. noch unbekannt Thäter anmit bekannt. Haslach, den 30. Dezember 1850. Großh. bad. Bezirksamt. M. Klein.

66. Nr. 44, 392. Mannheim. (Fahndung.) J. U. S. gegen Bäder Joseph Theodor Beck aus Bingen, wegen Diebstahls. — Dem Joseph Theodor Beck aus Bingen soll ein Erlaß großh. Justizministeriums in obigem Betreff erlassen werden. Derselbe wird aufgefördert, seinen demaligen Aufenthalt hier anzuzeigen. Mannheim, den 19. Dezember 1850. Großh. bad. Stadtamt. Jäger Schmid.

74. Nr. 126. Achern. (Straferkenntniß.) Da Soldat Justin Bechtel von Gamsburt der Auforderung vom 28. Oktober d. J., Nr. 29, 185, bisher keine Folge geleistet hat, so wird derselbe des badißchen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in eine Strafe von 1200 fl., sowie in die Kosten des stattgehabten Verfahrens verurtheilt. Achern, den 29. Dezember 1850. Großh. bad. Bezirksamt. Hippmann.

73. Nr. 141. Achern. (Straferkenntniß.) Da Joseph Kaug von Achern der diesseitigen Auforderung vom 31. Oktober d. J., Nr. 29, 575, keine Folge geleistet hat, so wird derselbe des badißchen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt, und in die Kosten des stattgehabten Verfahrens verurtheilt. Achern, den 28. Dezember 1850. Großh. bad. Bezirksamt. Hippmann.

75. [3]1. Nr. 232. Vörrach. (Schuldenliquidation.) Gegen Johann Häbig, Schmied von Vörrach, haben wir Gant erkannt und Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf

Freitag, den 14. Februar 1851, Morgens 8 Uhr, angeordnet.

Sämmtliche Gläubiger werden daher aufgefordert, ihre Ansprüche an den Falliten auf gedachten Tag unter gleichzeitiger Vorlage ihrer Beweisurkunden oder Anreitung des Beweises mit andern Beweismitteln, mündlich oder schriftlich, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte anzumelden und etwaige Vorzugrechte zu bezeichnen und zu begründen, bei Vermeidung des Ausschlusses von der dormaligen Masse.

In der Tagfahrt sollen ferner über die Wahl eines Massepflegers und Gläubigerausschusses verhandelt, auch Borg- und Nachlassverpflichtungen, bezüglich auf welche P. mit Ausnahme eines etwa zu Stande kommt Nachlassvergleiche, die ausbleibenden Gläubiger als der Mehrheit der erschienenen beitretend angesehen werden würden. Vörrach, den 31. Dezember 1850. Großh. bad. Bezirksamt. P. A. S.

41. [2]2. Nr. 38, 980. Pforzheim. (Schuldenliquidation.) Der ledige Jakob Michael Kern von Jtersbach will nach Amerika auswandern. Deshalb wird Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf

Mittwoch, den 15. Januar 1851, Vormittags 11 Uhr, anberaumt, und werden dazu dessen etwaige Gläubiger mit dem Anfügen vorgeladen, daß, wenn sie in dieser Tagfahrt die Anmeldung ihrer Forderungen unterlassen sollten, wir außer Stande sind, ihnen zur Vertheilung zu verfahren. Pforzheim, den 31. Dezember 1850. Großh. bad. Oberamt. F. A. S.

52. [2]2. Bruchsal. (Schuldenliquidation.) Auf Antrag der Erdbetreibenden des verlebten Kaufmanns Joseph Monée in Dudenheim wird Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf

Donnerstag, den 23. Januar d. J., Morgens 8 Uhr, angeordnet. Es werden hiezu alle Diejenigen, welche eine Forderung zu machen und solche begründen zu können glauben, aufgefordert, solche an besagtem Tage vor dem Notariat auf dem Rathhause in Dudenheim anzumelden und richtig zu stellen oder sich selbst zuzuschreiben, wenn sie bei der Theilung nicht berücksichtigt werden können. Bruchsal, den 2. Januar 1851. Großh. bad. Amtsbüroforat. Jauch.

68. [2]1. Nr. 472. Heidelberg. (Entmündigung.) Die ledige Barbara Helwerth von hier ist durch diesseitiges Erkenntniß vom 28. November v. J. wegen Gemüthschwäche entmündigt, und unter Vormundschaft des Seilermeisters Friedrich Werner gestellt worden; was unter Bezugnahme auf L. R. S. 502 zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird. Heidelberg, den 2. Januar 1851. Großh. bad. Oberamt. Lang.

71. [2]1. Konstanz. (Dienstvertrag.) Auf kommenden 1. April — längstens 1. Mai d. J. — ist bei uns die erste Gehilfenstelle mit jährlichem Gehalt von 500 fl. zu besetzen. Qualifizierte Bewerber wollen ihre Anmeldungen, unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse, in Bälde anher gelangen lassen. Konstanz, den 3. Januar 1851. Großh. bad. Steuer-Revision des Seckreises. Kern.

K.765. [3]3. Nr. 48, 727. Bühl. (Aktuarsstelle.) Für hiesigen Amte soll die Stelle eines Aktuars für die Justiz möglichst bald durch einen Rechtspraktikanten oder Schriftföhrer besetzt werden. Die Lufttragenden wollen sich anher melden. Bühl, den 27. Dezember 1850. Großh. bad. Bezirksamt. Heginger.

K.590 [3]2. Die erste Gehilfenstelle bei der Domänenverwaltung Durlach ist auf 1. April d. J. mit einem durch längere Praxis vollkommen eingearbeiteten Geschäftsmann zu besetzen. Gehalt 500 fl. (Mit einer Beilage.)